Wie aus Gesandten Diplomaten wurden

Kriegs- und Schlachtengeschichte interessiert den Berner Historiker André Holenstein weniger als die Frage, wie Konflikte in vergangenen Zeiten einvernehmlich gelöst werden konnten. Die alte Eidgenossenschaft liefert zahlreiche Beispiele aus einer Zeit, in der sich Gesandte allmählich zu Diplomaten wandelten.

Von Susanne Brenner

Wie brüchig Macht sein kann, begriffen die Herrscher von Luzern und Bern, als 1653 bewaffnete Untertanen die beiden Städte belagerten. Deutlich bekamen sie vor Augen geführt, dass sie verlieren könnten, wenn es zu einem Kräftemessen zwischen ihnen und den klar in Überzahl anwesenden Untertanen kommen würde. Stein des Anstosses waren zusätzliche Steuern. Sie wären nötig gewesen, um ein Berufsheer zu finanzieren, ein Heer, das jederzeit hätte eingesetzt werden können. Der Widerstand der Untertanen führte zu einer blutigen Auseinandersetzung. Es stand auf der Kippe, ob die Patrizier ihre Herrschaft verlieren würden. Letztlich unterlagen die Aufständischen zwar, doch sie erreichten trotzdem ihr Ziel: Es wurden keine zusätzlichen Steuern eingefordert.

Pyramide auf der Spitze

Dieses Beispiel zielt mitten ins Thema, das André Holenstein anhand historischer Ereignisse untersucht: Wie funktionierte die Gesellschaft in den Jahrhunderten vor der französischen Revolution? Ins Auge sticht, dass in jener Zeit hierzulande im Unterschied zur grossen Masse eine kleine Oberschicht über Macht und Privilegien verfügte. Das war schon dem britischen Gesandten Abraham Stanyan aufgefallen, der von 1705 bis 1714 in Bern residierte. Er beschrieb die Stadtrepublik Bern als Pyramide, die auf der Spitze balanciere, und äusserte sich kritisch zur Tatsache, dass der Staat von wenigen Familien beherrscht werde. In der Tat regierte und bestimmte ein kleiner Rat von Patriziern in einer Stadt von rund 14 000 Einwohnern ein Gebiet mit etwa 400 000 Menschen. Das Zusammenleben funktionierte trotz dieses Ungleichgewichts nur, weil Bern einen «billigen Staat» führte, ist Holenstein überzeugt. Der Bauernkrieg von 1653 hatte es gezeigt: Die Untertanen waren nicht gewillt, mehr Abgaben an die führende Schicht zu leisten. Hätte diese darauf beharrt, wäre die Pyramide wohl gekippt: Die Patrizier hätten ihre Vormachtstellung riskiert und den sozialen Frieden gefährdet.

Verhandeln statt Kriege führen

Spannungen gab es in der alten Eidgenossenschaft viele. Anlass dazu boten politische und wirtschaftliche Gegensätze zwischen Stadt und Land – und im 16. Jahrhundert zusätzlich Konflikte zwischen katholischen und reformierten Kantonen. Innerhalb des losen Staatenbundes gab es regelmässige Zusammenkünfte von Gesandten der verbündeten Orte, die so genannte Tagsatzung. Sie etablierte sich als informelle Plattform, wo schwelende Konflikte zur Sprache kommen konnten und diplomatisch um Lösungen gerungen wurde. Manchmal über Jahre hinweg, wie beispielsweise der Konflikt zwischen Stadt- und Landorten zeigt, der schliesslich nach vier Jahren Ringen 1481 im Stanser Verkommnis beigelegt werden konnte.

Streitereien versuchte man politisch zu lösen. Bei Spannungen zwischen zwei Orten bestimmte die Tagsatzung jeweils eine Delegation, die zwischen den Konfliktparteien vermitteln sollte. Die politische Einigung wurde im Staatenbund als so wichtig erachtet, dass der Bündnisvertrag für die 1501 in die Eidgenossenschaft aufgenommenen Kantone Basel und Schaffhausen ausdrücklich die Pflicht zur Vermittlung im Konfliktfall auftrug: Beide unterschrieben, dass sie sich bei Zerwürfnissen zwischen den übrigen Kantonen der Eidgenossenschaft neutral verhalten und zwischen den Parteien vermitteln würden. Und das taten die Basler dann auch: Sie mischten sich nicht ein, als die reformierten Orte Bern und Zürich die Vormacht der katholischen Orte beenden und die konfessionelle Gleichberechtigung in den gemeinen Herrschaften mit Waffengewalt durchsetzen wollten – was sie 1656 in der ersten Schlacht bei Villmergen nicht erreichten. Es kam 56 Jahre später zur zweiten Schlacht bei Villmergen, bei der dieses Vorhaben gelang.

Neue machtpolitische Verhältnisse

Krieg, so erklärt Holenstein, werde häufig als «Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln» bezeichnet. Er könne neue machtpolitische Verhältnisse schaffen. Strategisch

Nach geschlagener Schlacht die hohe Politik – Adrian von Bubenberg und weitere Berner in einer Audienz beim französischen König 1476. (©Diebold Schilling Amtliche Chronik, Burgerbibliothek Bern, Mss.h.h.I.3, p. 825)

beabsichtigten kriegsführende Parteien, möglichst schnell und umfassend eine für sie günstige Ausgangslage zu schaffen, um sich beispielsweise ein Gebiet aneignen oder neue Regeln einführen zu können. Nach der zweiten Schlacht von Villmergen 1712 konnte zum Beispiel also wieder neu verhandelt werden, und dabei übernahmen die Basler, wie der Bündnisvertrag es vorschrieb, die Rolle der Mediatoren. Nach dem Krieg braucht es eine Neuordnung, die sich meist erst nach vielen Jahren etabliert und die Lage normalisiert. Langfristig weniger aufwändig sind friedliche Lösungen. Deshalb bemühte man sich schon im Mittelalter, solche zu finden. Gesandte sollten um einvernehmliche Lösungen ringen, damit gewaltsame Auseinandersetzungen verhindert werden konnten; solche zwischen den verbündeten Orten der Eidgenossenschaft oder solche mit den angrenzenden Ländern.

Ausländische Gesandte gingen ein und aus

Schultheissen, Landammänner oder Bürgermeister: Die Träger der höchsten politischen Ämter in den Orten nahmen häufig die Rolle von Gesandten ein. Denn dafür mussten sie den richtigen Stand haben, also adelig sein oder der Aristokratie angehören und kulturell wie sprachlich kompetent sein. Diplomaten als ständig anwesende Vertreter eines Landes gab es erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts – in der Zeit, als sich in Europa die moderne Staatenordnung mit den Mächten Frankreich, Spanien, Holland, England, Preussen und Österreich abzuzeichnen begann. In ihrer Funktion beobachteten diese Repräsentanten aktuelle Entwicklungen in ihren Gastländern und vertraten die Interessen ihrer Monarchen beziehungsweise Herkunftsländer. Innerhalb dieser neuen Berufsgattung gab es unterschiedliche Ränge. Die Gesandten unter ihnen waren weniger angesehen als der ranghöchste Ambassador. Da in Solothurn schon seit 1530 ein französischer Ambassador lebte, wichen die anderen Staaten auf andere Standorte in der Eidgenossenschaft aus: Holländische Gesandte hielten sich am Ende des 17. Jahrhunderts besonders in Zürich auf, die britischen in Bern. Diese «Lobbyisten» für ihre Herkunftsländer nahmen am gesellschaftlichen und politischen Leben ihrer Residenzorte und des dortigen Patriziats teil – der britische Gesandte Abraham Stanyan heiratete sogar eine Berner Patrizierin. Um 1700 entwickelte sich die Schweiz zu einer eigentlichen Drehscheibe der hohen Diplomatie. Grund war der absehbare erbenlose Tod der letzten Fürstin von Neuenburg aus dem Hause Orléans-Longueville; demzufolge stand die Entscheidung an, ob das Fürstentum Neuenburg unter französische Vorherrschaft fallen würde oder ob der französische Einfluss auf die Schweiz zurückgebunden werden könnte.

Historische Mythen überleben

Auch André Holenstein versteht sich als «Botschafter», als Vermittler. Als Historiker beobachtet er, dass jeder Mensch Vorstellungen über die Vergangenheit mit sich trägt. Diese setzen sich aus Gelerntem und eigenen Bildern zusammen, werden um mythische Figuren ergänzt oder von Bildern geprägt, die beispielsweise in der politischen Kommunikation gebraucht werden. Das zeigt, dass Geschichte breit interessiert, weshalb es dem Historiker ein Anliegen ist, Geschichtsbilder und Mythen mit aktuellen Erkenntnissen aus der Forschung kritisch zu kommentieren. Das übernimmt der Berner Professor gerne und erzählt die Geschichte(n) lebhaft und engagiert weiter. Und zwar nicht nur an der Universität, sondern auch öffentlich, demnächst im Rahmen der Spiezer Tagung 2011.

Kontakt: *Prof. Dr. André Holenstein, Historisches Institut, andre.holenstein@hist.unibe.ch*
Autorin: *Susanne Brenner ist freie Wissenschaftsjournalistin in Gümligen bei Bern, susanne.brenner@bluewin.ch*

Spiezer Tagung im Schloss Spiez
zum Thema «Friedensschlüsse in der alten Eidgenossenschaft». 21. + 22. Juni 2011.
www.spiezertagung.ch